

Wir kommen wieder

Zum wiederholten Male besuchten am 15. März ca. 100 Erwerbslose die Sitzung der Sozialdeputation. Nachdem zuerst der Sitzungssaal verschlossen war, wurde nach einer viertel Stunde doch die Tür geöffnet.

Wir verteilten an die Deputierten und Senatorin Rosenkötter einen Vorschlag für eine „Garantieerklärung“, in der Arbeitslosen zugesichert wird, dass ihre Miete in der real



Besuch bei der Sitzung der Sozialdeputation am 8. Februar 2007

Foto: G. Konietznyi

und

sind Gesprächsbereit !

anfallenden Höhe übernommen wird und für Heizkosten bis zu 1,40 Euro/m² übernommen werden.

Einzelne Betroffene trugen den Deputierten „Einzelfälle“ vor, da wir bei vorherigen Besuchen bei der Sozialdeputation immer zu hören bekamen, es handele sich lediglich um „Einzelfälle“.

Auch nach ausdrücklicher Nachfrage an Frau Rosenkötter und die Deputierten, wie sie zur vorgelegten „Garantieerklärung“ stehen, gab es keine Antwort. Dagegen erhoben sich kurze Zeit später die Deputierten der SPD, CDU sowie Frau Rosenkötter und Herr Staatsrat Schuster und verließen mit dem Ausruf „Jetzt reicht's“ den Sitzungssaal.

**„Öffentlichkeit ist der Raum der Politik eines freien Volkes.
Das Maß der Öffentlichkeit ist Kriterium der Freiheit.“**

(Karl Jaspers, 1883-1969)

Wir besuchen die Sitzung der Sozialdeputation
am 19. April 2007 Beginn 15 Uhr (im Siemenshochhaus)
Treffpunkt für alle, die mitkommen wollen
14 Uhr vorm Hauptbahnhof

Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit von Ende 2006, werden bundesweit bei 22,7% der Betroffenen die Kosten der Unterkunft nicht in voller Höhe übernommen, ebenso werden bei 54,7% nicht die vollen Heizkosten übernommen.

Angesichts solcher Zahlen und ca. 7000 verschickten „Umzugsaufforderungen“ von „Einzelfällen“ zu sprechen, halten wir für mehr als zynisch.

Erschwerend kommt in Bremen noch hinzu, dass für Arbeitslose nicht die Mietstufe 3, - die für Neubauten nach 1992 oder entsprechend modernisierte Wohnungen gilt - übernommen wird (für einen Alleinstehenden wären das

maximal 325 Euro). In Bremen liegt die Obergrenze bei der Mietstufe 2 mit maximal 265 Euro für einen Alleinstehenden. Damit hat Bremen bundesweit die schlechteste Regelung bei den Mietobergrenzen.

Auch bei den zugesagten „Ausnahmetatbeständen“, wie Wohndauer von zehn und mehr Jahren, Verlust sozialer Bezüge, usw., hat sich herausgestellt, dass diese Zusage keinerlei Wert hat, sondern als eine Kann-Regelung gehandhabt wird von der BAGIS.

Wir halten es für die Bankrotterklärung der Sozialpolitik in Bremen, wenn mit solchen sozialen Problemen in der Art und Weise umgegangen wird, wie auf der letzten Sozialdeputationssitzung : Man löst die Sitzung auf und damit ist das Problem für die Deputierten erst mal vom Tisch.

Für die Betroffenen laufen die Kosten für Miete und Heizung aber weiter.

Dabei liegt die Festlegung, was an Miet- und Heizkosten übernommen wird, entgegen vielen anderen Regelungen, die mit Hartz IV eingeführt wurden, in der Hand der Kommunen. Die im §27 Sozialgesetzbuch II vorgesehene bundesweite Verordnung über die angemessene Höhe von Miet- und Heizkosten, ist bis heute nicht vom Bundesministerium erlassen worden.

Die Sozialdeputation kann und muss also festsetzen, was als „angemessene Kosten“ angesehen wird.

Deshalb fordert der Erwerbslosenausschuss ver.di Bremen:

- **Anerkennung der tatsächlichen Mieten durch die BAGIS**
- **Anhebung der Heizkostenpauschale auf 1,40 € pro m²**



**Erwerbslosenausschuss
Ortsverein Bremen**

zu erreichen sind wir
jeden Montag
von 9.00 bis 12.00 Uhr
im **DGB-Haus**
Bahnhofsplatz 22-28
Zimmer 1.17 in der
1. Etage im Neubau
oder
Telefonisch unter 0421- 3301-139

Jeden 1. und 3. Dienstag im Monat
treffen wir uns zwischen 14 bis 16 Uhr

zum **ERWERBSLOSENCAFÉ**
im Foyer des DGB Haus

die nächsten Treffen sind:
17. April 15. Mai
5. Juni 19. Juni

Unsere regelmäßige **Sitzung**
findet jeden
4.ten Donnerstag im Monat ab
17 Uhr
im Gewerkschaftshaus statt.
Diese Sitzung ist
öffentlich für
alle ver.di-Mitglieder

Gewerkschafter raus auf die Straße - kämpfen wir für unsere Rechte !

Die Hartz-Gesetze müssen wieder weg !

Jetzt erst recht Gewerkschaftsmitglied werden !